

Logo einbauen

Lebensraum Rheinisches Revier - gutes Leben und gute Arbeit

Revierperspektiven: Aus dem Revier - Für das Revier

Zivilgesellschaftliches Konzept 10/2018
Koordinierungskreis Strukturwandel

Revierperspektiven: Aus dem Revier - Für das Revier

Mit entwickelt haben und beteiligt sind:

- Aktionsbündnis Stommeler Bürger „Leben ohne Braunkohle“
- **AusgeCO2ht**
- Buirer für Buir
- BUND (NRW, Rhein-Erft, Düren, Ortsgruppen Kerpen, Langerwehe)
- BUND Jugend NRW
- Bündnis gegen Braunkohle
- Bürgerinitiative Big Ben
- Bürgerinitiative Wir in Holzweiler
- Das gelbe Band
- DIE LINKE Köln und Kreistagsfraktion REK
- Energieliga.org
- Ev. Gemeinde Düren
- **Germanwatch**
- Greenpeace (Düsseldorf, Köln)
- Grüne (NRW, Kerpen, Kreise Düren + Rhein-Erft)
- **Hambi Support Aachen**
- IB 50189
- **Klima-Allianz Deutschland**
- NABU Kreisverband Düren
- Netzwerk Bergbaugeschädigter
- Katholikenrat Region Düren
- Evangelischer Kirchenkreis Jülich
- PAX Christi Regionalgruppe Düren
- Solarförderverein
- Engagierte Privatpersonen

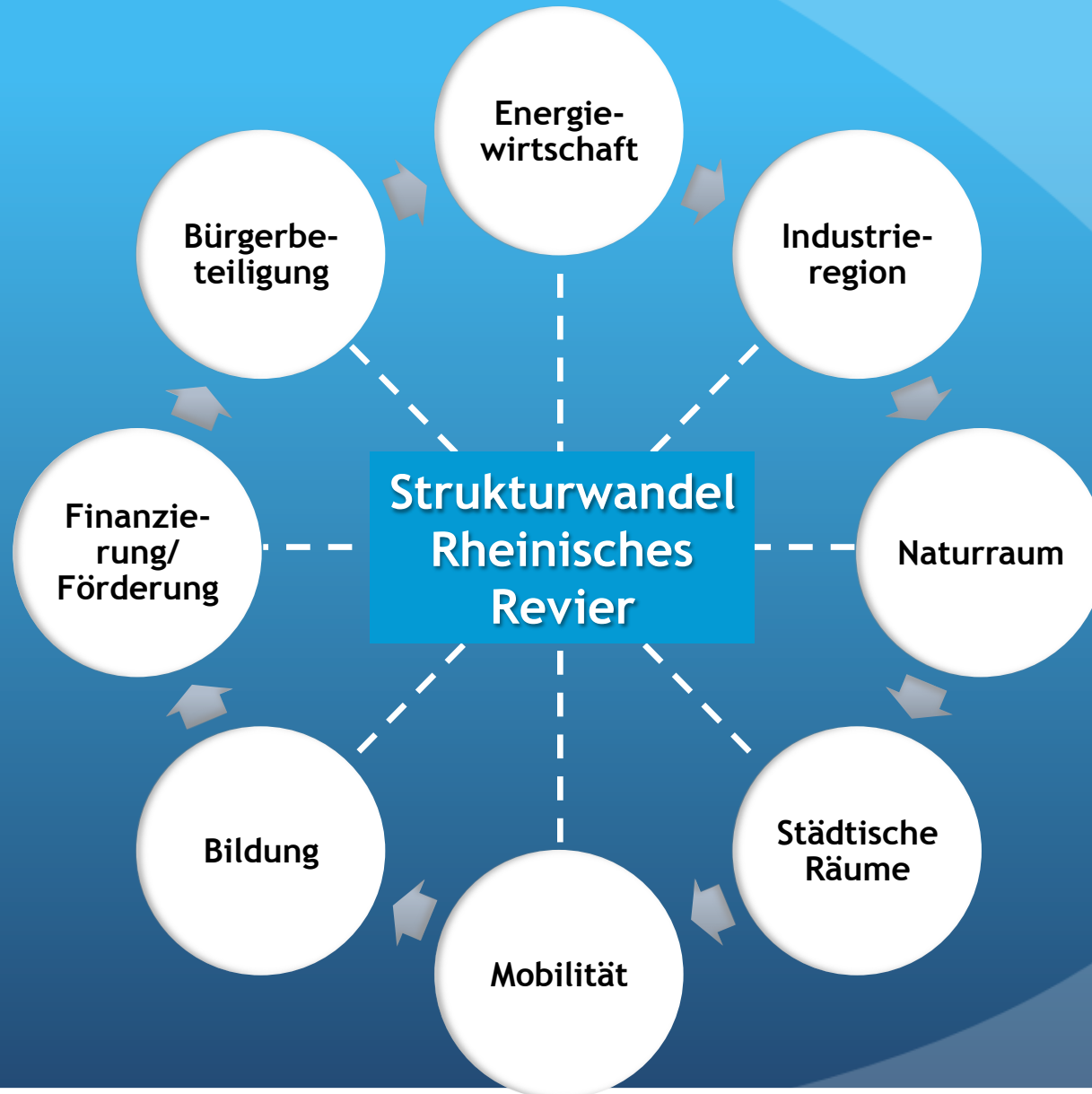
Visionärer Ansatz regionale Entwicklung

- Vision, wie Leben in Zukunft in unserer Region aussehen sollte – Konzept basiert auf Vernetzung wesentlicher Bereiche unseres Lebens
- Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung als Leitidee
- Nachhaltigkeitsdefinition „Donut-Modell“ von Kate Raworth
 - Einordnung menschlicher Aktivitäten in „sicheren und gerechten Raum für die Menschheit“ und Einhaltung sozialer Mindestanforderungen sowie planetarer Obergrenzen
 - „Sustainable Development Goals“ (SDGs; Vereinten Nationen) und „Planetary Boundaries“ von J. Rockström als weitere Grundlage
 - Ergebnisse basieren auf pragmatischen Ansätzen, um Strukturwandel menschenwürdig und ökologisch nachhaltig, insbesondere aber in der ganzen Breite zukunftsfähig zu gestalten
- Grundlegende Nachhaltigkeitsstrategien sind in dieser Reihenfolge: Suffizienz, Konsistenz und Effizienz
- Sicherung nachhaltiger Zukunftsperspektiven für qualifizierte Arbeitskräfte sowie indirekt Betroffene in der Region

Visionärer Ansatz regionale Entwicklung

- Das Rheinische Revier soll Pilotregion für die Entwicklung zukunftsfähiger Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse sein
- Zur Umsetzung dieser Entwicklung sind einerseits die Ressourcenknappheit wie andererseits die Übereinkünfte des Pariser Klimaschutzabkommens zu beachten
- Dies führt unweigerlich zur Frage:
Welches Wachstum können wir uns leisten?
(Die Grenzen des Wachstums, Club of Rome, 1972/2012)
- Unser Ansatz:
Entwicklung eines positiven Leitbilds für das Rheinische Revier, in dem wir darstellen, wie wir uns die Zukunft der Region vorstellen.
Die Ergebnisse sollten für andere Regionen Deutschlands verfügbar und nutzbar sein
- Für die Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier setzen wir auf die Chancen, die die Region bietet, nicht eine Diskussion der Risiken

8 vernetzte Leitlinien Strukturwandel



Leitlinien Strukturwandelkonzept (1/2)

1. Energiewirtschaft - Strukturwandel führt zu energiesparenden und ressourcenschonenden Nutzungsprozessen und verringerter Umweltbelastung
2. Industrieregion Rheinisches Revier - Strukturwandel führt zu diversifizierter Industrie- und Gewerbelandschaft mit breit gefächertem , qualifiziertem Arbeitsplatzangebot und arbeitsnahen Wohnraum
3. Naturraum - Strukturwandel führt zu höherem Flächenanteil von Wald und Naturflächen und zu vielfältigen, kleinräumigen Nutzungsformen im Sinne der biologischen Vielfalt
4. Städtische Räume - Strukturwandel führt zur Vernetzung durch Grünräume und stadtklimatologischer Verbesserung der Lebensqualität

Leitlinien Strukturwandelkonzept (2/2)

1. **Mobilität in der Rheinischen Region - Strukturwandel führt zur Verringerung des Energieeinsatzes und Reduktion des Zeitaufwandes für Arbeitnehmer**
2. **Bildung für nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und Konzepte alternativen, lokalen Wirtschaftens**
3. **Finanzierung und Förderung - Klare und konsequente Ausrichtung des Förderregimes auf einen nachhaltigen Strukturwandel**
4. **Bürgerbeteiligung - Element des Strukturwandels sind institutionalisierte Formate der Bürgerbeteiligung mit dem Ziel der Gestaltung eines demokratischen, transparenten Prozesses**

1. Energiewirtschaft

Strukturwandel führt zu energiesparenden und ressourcenschonenden Nutzungsprozessen und verringerter Umweltbelastung

- Ganzheitliche energetische Bestandsaufnahme sowie Verbrauchsprognose für 10, 15 bzw. 20 Jahre (privat, gewerblich und industriell sowie der Verkehrsenergieverbrauch) in der Region einschließlich Verkehrswende
- Ermittlung zukünftiger Energiebedarf – Netz-Stabilisierung durch geeignete Lastverschiebungsmaßnahmen vor erhöhten Fluktuationen/Engpässen
- Unmittelbarer Kohleausstieg, d.h. Stilllegung von mindestens 20 GW Leistung Ende 2020 (Öko-Institut-Studie für WWF); der Rest schnellstmöglich. Orientierung/Leitlinie stellen die Ergebnisse der Fraunhofer-Studie dar
- Zeitliche und mengenmäßige Staffelung Ausstieg/Rückführung Braunkohlenförderung zwischen Rheinischem Revier und Lausitz aufgrund der unterschiedlicher Rahmenbedingungen der regionalen Wirtschaftskraft
- Leitlinien Energieerzeugung: dezentral, energieeffizient, energiesparend. Vor Ort erzeugte regenerative Energien werden direkt genutzt, d.h. dezentrale Erzeugung sowie Nutzung als energieautarke Region

2. Industrieregion Rheinisches Revier

Diversifizierte Industrie- und Gewerbelandschaft mit breit gefächertem, qualifiziertem Arbeitsplatzangebot und arbeitsnahem Wohnraum

- **Industrie geprägte Region und herausragende Agrarregion** mit sehr hoher Bodenqualität – Flächen-Konflikt durch Flächenknappheit
- **Neue Industrien:** Vorrangprogramm Bestandsflächen – Förderung von kleineren Betrieben mit einer höheren Arbeitsplatzdichte
- **Förderung dezentrale Ansiedlung von Industrie und Gewerbe** um Nähe von Wohnen und Arbeiten zu realisieren – **Förderung CO₂-neutrale Wirtschaft**
- **Schaffung weiterer, bezahlbarer, sozialverträglicher, ökofairer, nachhaltiger Wohnraum** für vorhandene/zuziehende Arbeitskräfte/Familien
- „gute Arbeit“: faire (tarifliche)Vergütung, gewerkschaftlich organisiert, klima- und umweltfreundlich
- **Schneller und qualitativ hochwertiger Internet-Ausbau** – für dezentrale, kleinere Industrie- und Gewerbestandorte unabdingbar

3. Naturraum

Höherer Flächenanteil von Wald und Naturflächen und zu vielfältigen, kleinräumigen Nutzungsformen im Sinne der biologischen Vielfalt – Schaffung vielfältiger, kleinräumiger Nutzungsformen

- Erhalt Hambacher Wald als Symbol für die Klimaziele von Paris – Hambacher Wald als Nukleus/Vergleichsraum für Entwicklung zukünftiger Waldflächen und Leitbild der in der Zukunft zu entwickelnden Wälder
- Deutliche Steigerung Flächenanteile zugunsten Freiraumnutzung ggü. Flächen für industrielle/gewerbliche Nutzung. Erhöhung Flächenanteil für Landwirtschaft, Naturraum, Erholungsräume. Dazu gehören auch Bereiche für die natürliche Sukzession.
- Rückführung zu naturverträgliche, die Artenvielfalt fördernden Landwirtschaft. Stufenweise Ausweitung des ökologischen Landbaus auf zunächst 30% (mit Erweiterungspotential) – Waldökologie ausbauen
- Ausbau Forschungsstelle Rekultivierung um Artenschutz/Waldvermehrung
- Ausgangspunkt für das West-/Ostkonzept zum Tagebau Hambach

4. Städtischer Raum

Vernetzung Grünräume – stadtklimatologische Verbesserung Lebensqualität

- Wälder und Naturräume mit hoher ökologischer Qualität sind Landmarken
 - Verbindung über ein geschlossenes System / Grünvernetzung
 - Zeitnahe Ausstieg aus Braunkohle dient der Erhaltung der Landmarken und ist wichtig für die Vernetzung in der Region
- Anforderungen zur Verbesserung des gesamten Landschaftsbildes
 - Kommunen in der Region müssen sich für gemeinsame Umsetzung des Konzepts einsetzen. Ziel ist eine Landschaft, die als Raum des Erlebens mit Atmosphäre dienen kann.
 - Erhaltung der alten, gewachsenen Strukturen jetzt erforderlich. Gemeinsam geben wir dem Revier seine natürliche Würde zurück.

5. Mobilität

Verringerung Energieeinsatz – Reduktion Zeitaufwand für Arbeitnehmer

- Deutlicher, klimafreundlicher Ausbau des ÖPNV, der Radverkehrswege und von Modellen des Teilens
- In der Folge: Zeitersparnis für die Einwohner*innen in der Region zwischen Wohnen und Arbeiten
- Früherer Ausstieg aus der Braunkohle ermöglicht Reaktivierung historischer Verkehrswegeverbindungen in der Region, die zurzeit durch die Tagebaue verhindert werden

6. Bildung

(Weiter-) Bildung für nachhaltige Entwicklung, Umweltbildung und Konzepte alternativen, lokalen Wirtschaftens

- Stärken von Kompetenzen und Handwerkszeug: Befähigung zur Teilhabe an den Transformationsprozessen in der Region
- Investitionen in den Ausbau einer zukunftsfähigen Bildungsinfrastruktur der Region über alle Ebenen des Lernens
- Umweltbildung, die den Menschen als Teil seiner Mitwelt begreift und die Wiederherstellung der Mensch-Natur Beziehung zum Ziel hat
- Bildung für nachhaltige Entwicklung als Grundlage für erfolgreiche Umsetzung der SDGs
- Bildung geht in diesem Sinne über reine Information und Bewusstseinsbildung hinaus, wirkt transformativ für eine nachhaltige Entwicklung und kann (re-) politisieren sowie (re-) demokratisieren

7. Finanzierung und Förderung

Klare und konsequente Ausrichtung des Förderregimes auf einen nachhaltigen Strukturwandel

- Die konkrete Aufteilung der Fördermittel auf die Reviere erfolgt entlang folgender 2 Kriterien:
 - Ausgangsbasis (Strukturdaten): wie sind die vorhandenen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Revieren um den Strukturwandel zu meistern?
 - Ambitionsniveau: welche Reviere leisten in welcher Frist im Energiesektor welche Emissions-Reduktionsbeiträge zum Klimaschutz?
- Finanzielle Entschädigungen fließen direkt in die soziale Absicherung von Beschäftigten und vom Bergbau Betroffenen
- Finanzierung ist langfristig anzulegen und sicher zu stellen
- Mittelvergabe erfolgt über Beteiligung einer breiten Akteursbasis

8. Echte Bürgerbeteiligung

Institutionalisierte Formate der Bürgerbeteiligung mit dem Ziel der Gestaltung eines demokratischen, transparenten Prozesses

- Strukturwandel zieht sich über Jahrzehnte hin – Bedarf der begleitenden Fehlerkorrektur
 - Etablierung klare Kommunikationsstrukturen für Bevölkerung
 - Bürgerbeteiligung und durchgängig den Prozess begleitende Gremien
- Implementierung von Planungszellen (nach Prof. Diemel) für grundlegenden Entscheidungen des Strukturwandelprozesses
- Herausragende Forderung ist Berufung von unabhängigen Experten, die Bürger*innen von Anfang an in Planungs- und Entscheidungsprozessen beraten und beteiligen

Anlagen

Ausgangslage: Rhein-Erft-Kreis

Im Rahmen der kommunalen Neugliederung im Jahre 1975 entstand aus den früheren Kreisen Köln und Bergheim sowie Teilen des Kreises Euskirchen der heutige Rhein-Erft-Kreis. Er umfasst die zehn Städte Bedburg, Bergheim, Brühl, Elsdorf, Erftstadt, Frechen, Hürth, Kerpen, Pulheim und Wesseling.

Der Rhein-Erft-Kreis hat sich seit seiner Entstehung fast vollständig gewandelt. Landwirtschaft, Braunkohletagebau und große chemische Betriebe stellten lange Zeit die wirtschaftliche Basis des Kreises dar. Auf der einen Seite wurde hier der Grundstein für eine wirtschaftlich starke Branche gelegt, auf der anderen Seite implizieren Monostrukturen auch ein nicht unerhebliches Risiko für den Standort und fordern deshalb die kommunalen Handlungsträger ständig heraus, den Weg für neue Unternehmen zu ebnen.

Dies wurde geschafft. Neben den traditionellen Bereichen wandelt sich der Kreis in großen Schritten zum Dienstleistungszentrum mit einer breiten Palette innovativer mittelständischer Unternehmen. Bei den Industrieumsätzen zeigt sich immer noch ein Vorsprung der sich kontinuierlich entwickelnden Bereiche Chemie und Energie, aber Wachstumsbranchen wie EDV, Medien oder Umweltschutztechnologien stehen den Großbetrieben mittlerweile fast gleichwertig gegenüber.

Fühlungsvorteile, verkehrsgünstige Gewerbeflächen und ihre moderate Preisgestaltung haben sicherlich mit dazu beigetragen, dass der Rhein-Erft-Kreis heute einer der wirtschaftlich stärksten Kreise in Nordrhein-Westfalen ist. Auch die Braunkohle hat günstige Konditionen für Betriebsgründungen und -verlagerungen eröffnet.

Ein Faktor, der deutlich zur Attraktivität des Standortes beiträgt, ist die wirtschaftsgeographisch günstige Lage. Benachbarte Wirtschafts- Dienstleistungs- und Forschungszentren in Köln, Düsseldorf, Bonn und Aachen sind schnell und bequem zu erreichen.

Ausgangslage: Kreis Düren

Standort für Investitionen

Der Kreis Düren hat großen Anteil am Forschungs- und Technologiepotenzial der Region. Nicht nur durch das Technologiezentrum, welches innovativen Unternehmen und Existenzgründern einen besonders attraktiven Standort bietet. Sondern besonders auch durch das in Jülich ansässige Forschungszentrum (FZJ), und die in Jülich ansässige Abteilung der Fachhochschule Aachen mit ihren zahlreichen zukunftsorientierten Studienschwerpunkten.

Die Stadt Jülich lockt insbesondere junge, innovative Unternehmen an.

Ein optimales und ausgeglichenes Angebot an Fachkräften als auch hochqualifizierten Arbeitskräften ist ein bedeutender Standortvorteil des Kreises Düren. Die Biotechnologie zählt hier seit den letzten Jahren zu den Wachstumsbranchen schlechthin. Einen wirtschaftlichen Schwerpunkt bilden moderne Gewerbe- und Dienstleistungsstrukturen auf einer traditionsreichen Basis.

.

Ausgangslage: Rhein-Kreis Neuss

Am 1. Januar 1975 wurde im Zuge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen die kreisfreie Stadt Neuss als neuer Kreissitz in den Kreis Grevenbroich eingegliedert und dieser in Kreis Neuss umbenannt.[2] Seit diesem Zeitpunkt ist Neuss gemessen an der Einwohnerzahl die größte kreisangehörige (d. h. nicht kreisfreie) Stadt in der Bundesrepublik Deutschland, von den Sonderfällen der verbandsangehörigen Städte Saarbrücken, Hannover und Aachen abgesehen. Nachdem der Kreistag des Kreises Neuss dessen Umbenennung beschlossen hatte, genehmigte der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 26. Mai 2003 mit Wirkung vom 1. Juli 2003 den neuen Namen Rhein-Kreis Neuss. Der Kreissitz befindet sich in Neuss, jedoch sind bedeutende Teile der Kreisverwaltung nicht in Neuss, sondern in Grevenbroich angesiedelt.

Im Zukunftsatlas 2016 belegte der Kreis Platz 97 von 402 Landkreisen, Kommunalverbänden und kreisfreien Städten in Deutschland und zählt damit zu den Orten mit „Zukunftschancen“. Er gehört damit zu den strukturstärkeren Regionen in Nordrhein-Westfalen